

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der tags Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendbeilage einschließlich monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen einschließlich 10 Pf. für den Postzuschlag und 5 Pf. für die Erhebung der Steuern und Postgebühren.

Redaktion: Gr. Jungferstraße 14, II. Et. 3165.
Sprechstunde am: wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Gr. Jungferstraße 14, Et. 1769
Verlagsort: Dresden, den 8. November 1911.

Inserate werden die Spaltenpreise mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Berechnungen 20 Pf. Insete müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 259.

Dresden, Mittwoch den 8. November 1911.

22. Jahrg.

Die Tagung der Scharfmacher.

Gestern am 7. November hatten sich die Herren vom Zentralverband der Industriellen im Hotel Adlon in Berlin versammelt. Natürlich fehlte es nicht an Regierungsvertretern. Um Besuch einer Gewerkschaftstagung haben diese Herren die nötige Zeit. Wenn aber so mächtige Herrschaften wie die Herren Scharfmacher sich zusammensetzen, dürfen ein paar wirkliche gewerbliche Oberregierungsleute oder ähnliche Vertrauensleute nicht fehlen. Gilt es doch, den Herren von der Industrie zu bezeugen, daß die Regierung auch weiterhin bereit sei, ihnen treu zu dienen.

Generalsekretär Dr. Schweighofer erstattete den Geschäftsbericht. Er legte dabei eine Resolution vor, in der es heißt: Der Zentralverband Deutscher Industrieller spricht im Beharren aus, daß der durch sachliche Erwägungen veranlaßte Austritt einer Reihe von Industriellen aus dem Verbande eine gewisse Beunruhigung in einzelnen Kreisen der deutschen Industrie zur Folge gehabt habe.

Im Hinblick auf den in der letzten Zeit namentlich auf dem Gebiete der Gesetzgebung immer mehr hervortretenden Mangel an Rücksichtnahme auf die industriellen Bedürfnisse habe der Zentralverband ein Zusammengehen aller Zweige der Industrie in dem sie gemeinsam berührenden Fragen für unerlässlich.

Dr. Schweighofer ging auf den Konflikt des Zentralverbandes mit dem Hansabund ein. Zwei Momente seien es allem, die zu dem Konflikt geführt hätten: Die Stellungnahme des Hansabundes zur Sozialdemokratie und zur Wirtschaftspolitik. Gegenüber den vom Hansabundspräsidenten vorgebrachten auf dem Hansatag zum Ausdruck gebrachten Ansprüchen über die „Bürgerschaftlichkeit“ der Sozialdemokratie habe Schweighofer aus:

Die Forderungen des Herrn Präsidenten, die Sozialdemokratie zur Wirtschaft heranzuziehen, ist nicht neu. Das ist schon seit Jahrzehnten versucht worden. Aber was ist der Erfolg davon gewesen? Diese Gelegenheiten in von der Sozialdemokratie stets genutzt worden, die Ordnung und Disziplin zu untergraben und sie zu einer Lösung ihrer revolutionären Ideen zu bewegen. Jeder Vorteil liefert den Beweis, daß das Endziel der Sozialdemokratie auf den Umsturz der staatlichen Ordnung hinausläuft, und der Kampf eine unermessliche Wunde an ihrem Führer sticht zurückzulassen. Es ist daher wenig verständlich, wie im praktischen Leben lebende Männer hoffen können, die Sozialdemokratie durch ein Entgegenkommen umzuformen. Der Zentralverband konnte den berechtigten Gedanken nicht als richtig anerkennen und muß sie zurückweisen. Wir sind überzeugt, daß eine Mitarbeit der Sozialdemokratie deren Herrschaft nur noch stärken würde, es würde noch ein größerer Teil des Bürgertums vor die Wahl zwischen dem Liberalismus und der Sozialdemokratie gestellt und es würde die Gefahr noch größer sein, daß wir in Deutschland unter eine demokratisch-sozialdemokratische Herrschaft gelangen.

Der Redner wies dann auf die sozialdemokratischen Erfolge in den Reichswahlen hin. Es sei ein Irrtum, daß unsere Wirtschaftspolitik, deren Anhänger der Zentralverband sei, durch die Reichswahlen nicht gefährdet werde. Der Zentralverband sei immer für die Sicherung eines aufnahmefähigen inneren Marktes eingetreten, und wir sind immer bereit gewesen, mit der Landwirtschaft auf dem Boden wechselseitiger Unterstützung zusammenzuarbeiten. Daß er aber einen Patentschutz von anderen gelassen habe, sei nicht wahr.

Was sind doch unsere Industriegehaltigen — wenigstens nach Herrn Schweighofer — für harmlose Wesen. Vloß damit die Landwirtschaft möglichst viel Rohle und Eisen ablaufen lassen, haben sie sich mit den Agrariern verbunden. Nur deswegen haben sie eifrig daran gearbeitet, das deutsche Volk reichlich mit Rohstoff- und Lebensmittelstoffen zu beglücken. Die Menschen haben zwar behauptet, unsere Eisen- und Kohlenwerke seien zu große Fremde hoher Schutzgölle, weil sie vor der ausländischen Konkurrenz sicher sein wollen. Die Industriellen hätten Kartelle gebildet und unter Ausnutzung ihrer Monopolstellung das deutsche Volk wirtschaftlich ausgenutzt und ausgebeutet. Das ist alles nicht wahr, die braven guten Industriellen wollten nur den „inneren Markt heben“. Sie sind offenbar davon überzeugt, daß die Bevölkerung desto zahlreicher ist, je mehr ihr alle Produkte verteuert werden. Das ist zwar eine etwas merkwürdige Anschauung. Aber die Kräfte unserer Industriemagnaten und ihrer Herren Sekretäre sind ganz besonders erleuchtet und kraft dessen wird den Reichsständen manches klar, was ein gewöhnlicher Sterblicher mit seinem beschränkten Verstande nicht begreifen kann.

Selbstverständlich vertritt, so sagt wenigstens Herr Schweighofer, der Zentralverband genau so die Interessen der Fertigung wie der Rohstoffindustrie. Die Schädigungen, die die Fertigung durch unsere Zollpolitik erleidet, braucht ja ein Generalsekretär des Zentralverbandes nicht zu kennen. Er wird von seinen Herren anständig, sehr anständig bezahlt. Woher soll es ihm kommen, die Rechnung für sich und die Ihren zu beschaffen, ihren Bedarf an Industrieprodukten aus der Ferne einzuschleppen müssen! Diese Industrieweige haben zwar mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen, weil viele Staaten als Gegenmaßregel gegen unsere Handelspolitik ihre Zölle erhöht haben. Aber auch das braucht der Generalsekretär nicht zu wissen. Die Herren von der schweren Industrie werden immer ihre Erzeugnisse los. Sie schlagen sie einfach recht billig im Auslande los

und halten sich dafür durch hohe Preise im Inlande schadlos. Daß der Herr Generalsekretär gegen die Gewerkschaften scharf machte und in das so beliebte Geschrei von der Notwendigkeit eines besseren Arbeitsschutzgesetzes recht laut einstimmt, ist wohl selbstverständlich. Ohne das geht's nun bei einem solchen Herren nicht. Wie könnte er auch sonst die Zufriedenheit seiner Auftraggeber erlangen!

Von Einigungsämtern wollen die Herren Scharfmacher natürlich nichts wissen, ebensowenig von Lohnmännern für die Heimindustrie. Dieselben Industriellen, die sich von der „bewährten Wirtschaftspolitik“ das Ausbeutungsrecht für das Inland monopolisieren und die Profite garantieren lassen, finden den Gedanken unerhört, daß man auch den ausgebeuteten Arbeitern einen Mindestlohn garantieren könnte, der knapp über die absolute Hungergrenze hinausgeht. Sie nennen dieses Verlangen nach Mindestlöhnen „eine der wichtigsten Forderungen der Sozialdemokratie“ und befürchten von ihrer Verwirklichung eine „Gründierung der Grundlagen, auf denen unsere gesamte heutige Wirtschaftsordnung aufgebaut ist.“

Dem Herrn Delbrück wurde versichert, daß er recht gehabt habe, als er behauptete, daß die Lenkung ohne Zusammenhang mit den Schutzgölle und dem Grenzschutz sei. Für den Herrn Staatssekretär muß es sehr beruhigend sein, zu wissen, daß er das Lob der Herren vom Zentralverband sich errungen hat. Es hat in Deutschland schon Staatsmänner gegeben, die sich die Ingnade dieser Gewaltigen zugezogen haben und das soll für die Betroffenen oft nicht gerade sehr angenehm gewesen sein. Die Ingnade der Schwerindustrie mit dem Ausgang der Marokkoaffäre brachte Herr Schweighofer dennoch zum Ausdruck. Es genügt den Herren vom Zentralverband nicht, daß ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit in Marokko keine Schranken auferlegt sind. Sie hätten so gern ein Stück von Marokko gehabt, in dem sie ihre Ausbeutungsgebiete ebenso ungehindert betreiben können, wie in Deutschland selbst.

Mit den Ausführungen Schweighofers war man natürlich allgemein einverstanden. Die gegen den Hansabund gerichtete Resolution wurde einstimmig angenommen, ebenso eine Resolution, die einen besseren Arbeitsschutz verlangte. Dann sprach noch Professor Moldenhauer über den Entwurf eines Versicherungsgesetzes für Angestellte; er erklärte gegen eine derartige gesetzgeberische Arbeit und eine derartig schuldlose Behandlung der Interessen von Handel und Industrie „erkehe der Zentralverband den schärfsten Widerspruch.“ Einige von dem Referenten gemachte Abänderungsvorschläge zu der Vorlage machten sich die Zentralverbändler zu eigen.

Es hat sich wieder gezeigt, daß wir es in dem Zentralverband mit einer Organisation der ärgsten Arbeiterfeinde und Scharfmacher zu tun haben, die bereit sind, rücksichtslos der ausführenden Arbeiterklasse entgegenzutreten. Die Arbeiterverbände mit der größten Kaltblütigkeit stemmen. Hat sie doch die beruhigende Gewißheit, daß sie mit diesen Herrschaften über kurz oder lang ebenso fertig werden wird, wie mit allen ihren Feinden.

Die Marokkofrage in den Parlamenten.

Die Reichstagsdebatte ist auf Donnerstag verschoben worden. Herr v. Reishmann muß sich nochmals einen Tag gebuldigen, bis er seine Rede los werden kann. Die Fraktionen nehmen wenigstens einen Tag in Anspruch, um ihre Stellung zu dem neuen Abkommen zu beraten. Bei diesen Beratungen wird es sich insbesondere auch darum handeln, ob die Parteien es sich gefallen lassen wollen, daß die Regierung ihnen das Abkommen einfach „zur Kenntnisnahme“ vorgelegt, ohne daß sie ein Mitbestimmungs- oder auch nur Genehmigungsrecht besitzen sollen. Bisher hat sich ein Weg, wie der Reichstag doch durch Abstimmung seine Meinung über das Marokko-Abkommen und zugleich über die absolute Selbstherrlichkeit der Regierung und über die absolute Unfähigkeit des deutschen Verfassungsbürokraten zu äußern in der Lage sein wird. Es wäre doch lebens- und gesund, wenn der Deutsche Reichstag gezwungen sein sollte, sich mit den Leistungen der Betkammern und Kabinetten ohne jede Feststellung seiner Ansicht abzufinden.

In der französischen Kammer.

Die am Dienstag wiedereröffnete wurde, legte der Minister der auswärtigen Angelegenheiten de Selbes das deutsch-französische Abkommen vor und ersuchte um Verweihung an die Kommission für auswärtige Angelegenheiten. Der Abgeordnete Beauregard forderte, daß der Kommission der Beauftragte der Regierung, der Kommission würden alle Dokumente vorgelegt werden, die für die Beurteilung des Abkommens notwendig sind, deren Vorlegung sie für gut befinden sollte, mitgeteilt werden. Die Kammer beschloß alsdann auf Vorschlag der Regierung mit 323 gegen 331 Stimmen, am Donnerstag mit der Budgetberatung zu beginnen. — Das Hauptinteresse der Kammer wird bis auf weiteres den Arbeiten der Kommission für die auswärtigen Angelegenheiten zugewandt sein.

England und Deutschland.

Im englischen Unterhause brachte am Dienstag ein liberaler Abgeordneter eine Anfrage an die Regierung ein mit Bezug auf einen in einer österreichischen Zeitung (Neue Freie Presse) veröffentlichten Artikel über ein Interview, das ihr von dem britischen Botschafter Kaitwright in Wien gewährt wurde, sowie mit Bezug auf einen Bericht in der deutschen Presse über eine von dem damaligen Marineminister Mac Kenna gehaltene Rede, in welcher beiden Fällen die deutsche Politik angegriffen wurde. Staatssekretär Grey erwiderte: Der britische Botschafter in Wien hat in seiner Weise an der Veröffentlichung des Artikels teilgenommen. Über den man sich beklagt hat. Auch hatte er keine Kenntnis von ihm vor seiner Veröffentlichung. Mac Kenna hat in seiner Rede nicht die gehörigen Ausdrücke getan, vielmehr ist die in Frage stehende Stelle in einem Bericht über die Rede aus fremder Quelle eingekopiert worden. Sir Edward Grey brückte die Hoffnung aus, daß sich die öffentliche Meinung in acht nehmen werde, sich durch falsche Behauptungen fortziehen zu lassen. Der Staatssekretär charakterisierte des weiteren die Folgen, die sich daraus ergäben, wenn falsche Meldungen berichtet und geglaubt würden. Die Erbitterung und Erregung in der Öffentlichkeit würden dadurch übermäßig werden. Mit dem glücklichen Abjunkte der Marokko-Verhandlungen zwischen Frankreich und Deutschland werde, wie er hoffe, die Spannung vermindert, die in der britischen und deutschen Presse zu Verdächtigungen und falschen Auslegungen geführt habe.

Die Behauptung, daß der englische Botschafter in Wien äußerst deutschfeindliche Äußerungen getan habe, wie sie ihm in einem Artikel der Neuen Freien Presse zugeschrieben wurden, hat, wie man sich erinnert, den reichsdeutschen Chaudinistenblättern zu den wühesten Hetzereien gegen England gebietet. Auch nachdem schon früher der Botschafter Kaitwright erklärt hatte, daß er mit dem Artikel nichts zu tun habe, fuhr diese Presse fort mit ihren Verdächtigungen und Freibereien. Jetzt sind diese böswärtigen Verleumdungen durch die Erklärung Sir Edward Greys nochmals zurückgewiesen, was friedlich unsere Heberpatrioten nicht hindern wird, durch neue Äußerungen ihre eigenartige Vaterlandsliebe zu befeuern.

Trippl demontiert.

Am 7. November. Gegenüber der Meldung, der Staatssekretär des Reichsministeriums von Trippl habe auf die Anfrage des Reichstages, ob Deutschland aktionsbereit sei, Bedenken hinsichtlich der Schlagfertigkeit zur See geltend gemacht, hat die Reichsregierung nachträglich erklärt, zu erklären, daß die Meldung ganz erfunden ist. (Wir haben jene Meldungen von vornherein als unglaubwürdig erklärt. Die Red.)

Lindequists Abgang.

In eifriger Form teilt der Reichsanzeiger nunmehr mit, daß der Kaiser „allergnädigst geruht habe, dem Staatssekretär des Reichskolonialamts v. Lindequists die nachgehende Dienstentlassung zu erteilen und den Kaiserlichen Gouverneur von Samoa Dr. Solf bis auf weiteres mit der Verwaltung des Reichskolonialamts und der Geschäfte des Staatssekretärs des Reichskolonialamts und der nach Maßgabe des Gesetzes vom 17. März 1875 mit der Vertretung des Reichskolonialamts im Bereich des Reichskolonialamts zu beauftragen.“

Der Kolonialrebell wird mit schlichter Verabschiedung und ohne ein Wort jener schwülstigen Anerkennung entlassen und ohne ein Wort jener schwülstigen Regierungskritik bombardiert werden, sofern sie nicht bei der Abreise bleiben. Aber die Lindequists hatte eben Fähigkeiten, die ihn drängten, gegen die Unfähigkeit der Reichsleitung zu meutern und darum muß er nicht nur lang- und langsam verabschiedet, sondern wird auch von den Regierungsvorstreitenden nach wie vor mit Verleumdungen verfolgt.

In einer letzten Ansprache, in der sich Herr von Lindequists von seinen bisherigen Untergebenen verabschiedete, hat er die Verdächtigungen der Indiskretion und schlechten Amtsführung zurückgewiesen und gestanden:

Die letzten Tage sind mir allerdings durch ein amtlich inspiriertes Telegramm getrübt worden, in dem, ohne einen Beweis dafür zu erbringen oder auch nur einen Versuch das dafür zu unternehmen, unter dem deutschen Hinweis auf das Kolonialamt gegen eine „nachgeordnete Stelle“ die schwere Beschuldigung erhoben worden ist, durch den Bruch der Antisensitivität den Abschluß der Kompensationsverhandlungen gefordert zu haben.

Damit wird bestätigt, was man ohnehin wußte: Daß die Anwürfe gegen den Rebellen Lindequists von der Regierungsklasse ausgingen, die es wie alle faulen Äpfele mit der Zeit verrotten läßt: Verleumdung nur tüchtig drauf los — etwas wird's schon helfen.